
KOMMENTAR Schulessen

Aufgeschoben, nicht aufgehoben

VON ULRIKE GLAGE

Ob der Bund in der Verantwortung steht, die Stadt oder vielleicht doch die Familien selbst - berechnete, aber müßige Fragen, wenn 970 Reutlinger Kinder beim Mittagessen in den Ganztageschulen zugucken müssen, weil das viel zu knappe Budget ihrer Eltern nicht reicht. Die Verwaltung und der Gemeinderat haben das erkannt und schnell gehandelt. Die in der jüngsten Sitzung beschlossene Lösung mag Schwachstellen haben. Aber sie hilft den Betroffenen. Jetzt, sofort.

Das Problem ist mit diesem Beschluss aber nicht behoben. Auch, wenn der Bund die Regelleistungen für ALG II-Empfänger Ende des Jahres erhöhen sollte, wird die Armut nicht aus den Reutlinger Schulen verschwinden. Ganz im Gegenteil: Dass sich immer mehr Familien - auch mit Job - in Richtung Existenzminimum bewegen, ist mittlerweile unbestritten. Und da unterscheidet sich Reutlingen nicht von anderen Großstädten.

Der Gemeinderat wird Farbe bekennen müssen. Vermutlich schon im Herbst, wenn die Etatberatungen anstehen. Dann wird sich zeigen, was die Fraktionen für eine »soziale Stadt« zu tun gewillt sind. Beziehungsweise ihrer Zukunft. Und das sind die Kinder.

Weitere Artikel

- **Soforthilfe unter Vorbehalt** (<http://www.gea.de/detail/1041286>)